

**Analyse von Kriegsökonomien als soziale
Ordnungsformen aus Sicht der verstehenden
Soziologie von Gewaltakteuren.
Entstehung, Konsolidierung und Transformation
der UÇK als Fallbeispiel**

Cornelia Frank, Universität Trier*

Paper für das Panel
„Soziologische Ansätze zu den Friedensbedingungen in
Nachkriegsgesellschaften“,
Erster Workshop des AFK-Arbeitskreises Theorie
am 5. – 7. Juli 2007 in der Ev. Akademie Loccum

* Cornelia Frank, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für
Internationale Beziehungen/Außenpolitik der Universität Trier,
Universitätsring 15, 54296 Trier,
☎ 0651/201-2110, ✉ cornelia.frank@uni-trier.de

Analyse von Kriegsökonomien als soziale Ordnungsformen aus Sicht der verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren

Aufstieg, Konsolidierung und Transformation der UÇK als Fallbeispiel

Wie im Kosovo-Konflikt, sind auch bei den gegenwärtig überwiegend innerstaatlichen Kriegen nichtstaatliche Gewaltakteure beteiligt. Nach Beendigung der Kampfhandlungen bildet die Transformation eben dieser Gewaltakteure sowie ihrer gesellschaftlichen Verflechtungszusammenhänge eine zentrale Herausforderung beim Prozess der Friedenskonsolidierung. Auf vielfältige Weise in den Nachkriegsgesellschaften verankert, beeinflussen nichtstaatliche Gewaltakteure und ihre Nachfolgeorganisationen die Entwicklungen im sozialen Raum der Nachkriegsordnung. Mit der Auflösung von Rebellengruppen sind die von ihnen reproduzierten kriegsökonomischen Strukturen keineswegs verschwunden, sie bestehen vielmehr fort.¹ Somit laufen externe Akteure Gefahr, dass ihre Unterstützungsleistungen beim Wiederaufbau in bestehende kriegsökonomische Strukturen integriert werden und auf diese Weise gewaltgestützte Machtkonstellationen stabilisieren. Kriegsökonomien als eine spezifische Form sozialer Ordnung begreifend, bedarf eine nachhaltige Friedenskonsolidierung der Transformation eben dieser sozialen Ordnungsform. Neben der Transformation von Gewalt reproduzierenden Strukturen betrifft dies zuvörderst die Transformation von Gewaltakteuren in reguläre politische, ökonomische und gesellschaftliche Akteure. Damit die internationale Gemeinschaft begünstigend auf den zwingend erforderlichen doppelten Transformationsprozess einwirken kann, ist die Kenntnis der internen Funktionslogik von Gewaltakteuren und der Beschaffenheit ihres gesellschaftlichen Kontextes essentiell.

In Abgrenzung zum reduktionistischen Verständnis von Krieg als „Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln“ (Keen 1998: 11) knüpft der vorliegende Beitrag an die Forderung nach einer „Soziologie des Krieges“ (Trotha 1999: 81) und damit auch der Kriegsökonomie an. Mit Hilfe einer *Verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren* kann die soziale Seite gewaltgestützter Ordnungsformen beleuchtet werden, ohne dabei die ökonomische und politische Dimension zu vernachlässigen. Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass es eine Sinnwelt gibt, in der sicherheitspolitische Akteure handeln. Um sicherheitspolitisches Akteurshandeln wie jenes von Gewaltakteuren zu »verstehen«, muss man ihre Sinnwelt »verstehen«. Dazu bedarf es eines akteurstheoretischen Zugangs. Denn entscheidend ist, wie ein Gewaltakteur „imagines the milieu to be, not how it actually is“ (Sprout/Sprout 1957:

¹ Die Begriffe „nicht-staatliche Gewaltakteure“ und „Rebellengruppe“ werden im vorliegenden Beitrag synonymisch verwendet.

328).² Somit ist die Kenntnis der Sinnwelt die Voraussetzung, um sicherheitspolitisches Handeln von Gewaltakteuren zu »verstehen«.

Zentral ist dafür in methodischer Hinsicht der Ansatz der verstehenden Soziologie (Weber 1968; Bühl 1972; Helle 1999; Richter 2002). Soziologisches »verstehen« als Methode bedeutet im Anschluss an Max Weber ausdrücklich nicht intuitives Nachempfinden, sondern stets die Verbindung von »verstehen« und »kausaler Erklärung« (Weber 1968: 428; 437). An Weber anknüpfend, will die verstehende Soziologie von Gewaltakteuren soziales Handeln „deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären“ (Weber 1968: 542). Sozial ist jenes Handeln, bei dem sich der Handelnde bei seinem Verhalten sinnhaft am Verhalten anderer orientiert. Diese gegenseitige Verhaltensorientierung von handelnden Individuen bezeichnet Weber als „soziale Beziehung“ (Weber 1968: 567). Deren Sinngehalt nennt Weber „Ordnung“, wenn das soziale Handeln der Individuen sich an den dieser Ordnung immanenten Maximen orientiert. Somit hat jedes soziale Handeln eine Beziehung zu einem Wert, sei es nun eine Glaubensvorstellung oder die Orientierung an einer Ziel-Mittel-Relation (Richter 2002: 44).

Erweitert werden muss die individualistisch geprägte Handlungstheorie von Weber allerdings um einen gesellschaftstheoretischen Zugang, der den gesellschaftlichen Verflechtungszusammenhängen von Gewaltakteuren stärker Rechnung trägt. Dass Individuen nicht „vereinzelt in der Welt herum[laufen]“, sondern „so gut wie alle diese Menschen [...] in mehr oder weniger festen Verbänden organisiert“ sind, hat Norbert Elias zurecht hervorgehoben (Elias 1999: 220). Auch Gewaltakteure können nicht als gesellschaftlich losgelöste Akteure betrachtet werden, sondern sind in gesellschaftliche Kontexte eingebunden, die ihre Handlungsoptionen beschränken (Schetter 2004: 6).

Um den Entwicklungsprozess von Gewaltakteuren und ihr sicherheitspolitisches Handeln im sozialen Raum Krieg bzw. im sozialen Raum der Nachkriegsordnung zu »verstehen«, bedarf es eines Bezugsrahmens, mit Hilfe dessen Gewaltakteure sowohl in ihrer Akteursqualität erfasst werden können, als auch die gesellschaftlichen Strukturen, in die ihr Handeln eingebettet ist. Einen Beitrag hierzu leistet die *Verstehende Soziologie von Gewaltakteuren*, die das gesellschaftliche Analysekonzept von Norbert Elias (1983) mit dem Raum-Modell von Pierre Bourdieu (1982; 1987) kombiniert. Ausgangspunkt bildet die Annahme, dass Kriegsökonomien als soziale Ordnungsformen betrachtet werden müssen. Analysiert werden kann der Entwicklungsprozess von Kriegsökonomien anhand eines Drei-Phasen-Modells, das

² In Anlehnung an das Thomas-Theorem der Sozialwissenschaften lässt sich die ehemals von Harold und Margaret Sprout für politische Entscheidungsträger getroffene Feststellung auch auf andere sicherheitspolitische Akteure wie Gewaltakteure übertragen.

idealtypisch zwischen Entstehungs-, Konsolidierungs- und Transformationsphase differenziert. Demonstriert werden sollen die analytischen Gewinne einer verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren anhand der UÇK im Kosovo-Konflikt. Davon ausgehend lassen sich Erkenntnisse für die Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften gewinnen.

2. Verstehende Soziologie von Gewaltakteuren als alternativer Zugang zur Analyse von Kriegsökonomien

2.1 Zur „Ökonomisierung“ des Krieges

Als Strukturmerkmale der so genannten „neuen“ Kriege werden neben der zunehmenden Bedeutung nichtstaatlicher Gewaltakteure (Kaldor 2000: 14; Münkler 2002: 33), die Brutalisierung der Gewaltstrategien (Kaldor 2000: 160; Münkler 2002: 33) sowie die Ökonomisierung des Krieges (Lock 2001) angeführt, die sich in ökonomischen Handlungsrationaltäten und transnationalen Gewaltmärkten niederschläge.³

Auf welche Weise sich Gewaltpraktiken und ökonomische Vorgänge wechselseitig bedingen, wird unter dem Stichwort „Kriegsökonomie“ untersucht. Zu beobachten ist nämlich in gegenwärtigen Gewaltkonflikten, dass die Konfliktparteien sich bei ihrer materiellen Reproduktion auf ökonomische Praktiken stützen, die sich soweit verselbständigt haben, dass sie zum unmittelbaren Hindernis für die friedliche Regelung von Konflikten werden (Ballentine/Nitzschke 2003; Schlichte 2003: 126f.). Umstritten ist indes die Erklärung dieses Befunds. Die Weltbankgruppe (Collier 2000; Collier/Hoeffler 2001) geht davon aus, dass die Entstehung und Dauer von Kriegen besser mit der Verfügbarkeit materieller Ressourcen und dem ökonomischen Motiv der Gier erklärt werden kann als mit politischer Unzufriedenheit.⁴ Aus einer zweckrationalen Perspektive argumentiert auch Elwert (1997) mit seinem Konzept des Gewaltmarktes und der damit verbundenen Annahme der Kommerzialisierung von Gewalt.⁵

Die ökonomische Seite der Reproduktion von Gewaltakteuren und kriegswirtschaftliche Machtkonstellationen in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Untersuchungen gerückt zu haben, ist zweifelsohne ein Verdienst herkömmlicher Forschung zu Kriegsökonomien (Jean/Rufin 1999; Keen 2000; Collier/Sambanis 2002).⁶ Eng damit verbunden ist auch ein

³ Zur kritischen Auseinandersetzung mit den Thesen zum Wandel der Kriegsformen Chojnacki (2004); Schlichte (2006).

⁴ Zur Bedeutung von Gier in Gewaltkonflikten aus psychoanalytischer Sicht Mentzos (2002).

⁵ Cramer (2002) liefert eine bedenkenswerte Kritik an diesem reduktionistischen Verständnis von Gewaltakteuren als lediglich zweckrational motivierten Akteuren.

⁶ Zur ausführlichen Auseinandersetzung mit den Stärken und Schwächen dieser Forschungsrichtung Bakonyi/Stuvøy (2005).

verändertes Verständnis von Krieg, wonach dieser nicht mit Chaos und Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung gleichgesetzt wird, sondern auch als Quelle neuer, gewaltgestützter Ordnungsform verstanden wird.

Indem die ökonomische Seite des Krieges in den Vordergrund gerückt worden ist, wurde allerdings dessen politische und insbesondere soziale Seite vernachlässigt. Die Fokussierung auf die ökonomische Seite des Krieges spiegelt sich auch in der reduktionistischen Betrachtungsweise von Gewaltakteuren wider. Mitnichten kann deren sicherheitspolitisches Handeln per se mit ökonomischem Nutzenkalkül gleichgesetzt werden, sondern muss vielmehr als soziales Handeln begriffen werden, das sich sowohl an einer Ziel-Mittel-Relation als auch an einer Glaubenvorstellung orientieren kann (Richter 2002: 44). Neben dem Interesse an materieller Besserstellung und dem politischen Interesse an Machtgewinn bzw. –erhalt sind auch das Streben nach sozialer Ehre (Schlichte 2006: 118), das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Mentzos 2002: 52), Rache, Furcht, Schuld und Scham (Radtke/Schlichte 2004: 181) handlungsleitende Motive im sozialen Raum Krieg.

2.2 Krieg und Nachkriegsordnung als sozialer Raum

Konzipiert wird Krieg in Anlehnung an Pierre Bourdieu (1982; 1987) als ein sozialer Raum, dessen spezifische Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie kulturelle Besonderheiten es zu erfassen gilt.⁷ Die Struktur von sozialen Räumen, die Bourdieu als „autonome Sphären definiert, in denen nach jeweils besonderen Regeln 'gespielt' wird“ (Bourdieu 1992: 187), ergibt sich zum einen aus diesen spezifischen Regeln. In Gestalt eines Handlungsrahmens schränken die jeweiligen Regeln die Praxismöglichkeiten sozialer Akteure ein. Zum anderen ist die Struktur des sozialen Raumes durch die Verteilung des Kapitals zwischen den Akteuren bzw. Akteursgruppen bestimmt. Die praktische Verfügung über Kapital bedingt die Handlungs- und Profitancen, die ein Akteur bzw. eine Akteursgruppe im sozialen Raum hat. Hinsichtlich der Position eines Gewaltakteurs im sozialen Raum Krieg bzw. im sozialen Raum der Nachkriegsordnung ist seine relationale Kapitalmenge entscheidend, d.h. über wie viel Kapital er im Vergleich zu anderen Akteuren verfügt.

In Anlehnung an Bourdieu (1983; 1985) wird dabei zwischen verschiedenen, analytisch und begrifflich unterscheidbaren Kapitalformen differenziert, die über bestimmte Mechanismen untereinander tauschbar sind (Bourdieu 1983: 195f.). Dem gängigen Kapitalbegriff entspricht das *ökonomische Kapital*, das direkt in Geld umgewandelt werden kann. Zumindest in ausdifferenzierten Gesellschaften, die über einen selbstregulierenden Markt verfügen, stellt

⁷ Die Idee, Krieg und Nachkriegsordnung unter Rückgriff auf Bourdieu als sozialen Raum zu konzipieren geht zurück auf Schlichte (2003; 2004).

das ökonomische Kapital die bedeutendste Kapitalform dar. Allerdings darf dies nicht als unzulässige Reduzierung gesellschaftlicher Wirklichkeit auf ihre materiell-wirtschaftliche Dimension verstanden werden. Vielmehr schreibt Bourdieu dem *kulturellen Kapital* eine kulturelle Eigenlogik zu, die sich deutlich von der Logik materiellen Reichtums unterscheidet. Im Unterschied zum ökonomischen Kapital ist Kulturkapital eine leiblich angeeignete und verinnerlichte kulturelle Kompetenz, die grundsätzlich körper- und damit personengebunden ist. Unter kulturellem Kapital versteht Bourdieu (1983: 186) sämtliche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissensformen, die durch „Bildung“ erworben werden können. Sozialkapital ergibt sich schließlich aus der Nutzung eines dauerhaften Netzwerkes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen, in das ein Akteur eingebunden ist und auf das er zurückgreifen kann, falls er der Unterstützung durch andere Akteure bedarf. Beim *sozialen Kapital* handelt es sich also „um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1983: 191). Als weitere Kapitalform wird von Bourdieu das *symbolische Kapital* behandelt, welches er „als wahrgenommene und als legitim anerkannte Form der drei vorgenannten Kapitalien“ definiert (Bourdieu 1985: 11). Zustande kommt symbolisches Kapital durch gesellschaftliche Anerkennungsakte, mittels derer bestimmten Akteuren oder Akteursgruppen eine hervorgehobene Position zugesprochen wird.

Unter Rückgriff auf die Bourdieu'schen Kapitalsorten lässt sich die kontextbezogene Analyse von Gewaltakteuren durchführen, d.h. ihre Position im sozialen Raum Krieg bestimmen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass sich im sozialen Raum Krieg nicht nur der Bestand aller Kapitalsorten verändert, sondern auch die relativen Tauschraten der Kapitalsorten und die Verteilung des Kapitals innerhalb der Gesellschaft (Schlichte 2004: 187). Bestimmte Formen des ökonomischen Kapitals werden im sozialen Raum Krieg abgewertet, insbesondere das Geld infolge kriegsbedingter Inflationen (Schlichte 2003: 131). Einen Aufschwung erleben lediglich inflationsresistente Besitzstände, wie etwa die für den Unterhalt militärischer Verbände benötigte Industrie. Massiv an Wert verliert das kulturelle Kapital, d.h. Bildung und berufliche Qualifikationen, sofern es nicht unmittelbar militärisch verwertbar ist (Schlichte 2003: 135). Eine Ausnahme bildet hierbei die Gewaltkompetenz, die in Kriegszeiten wichtiger ist als in Friedenszeiten. Denn die Verfügung über spezifisches militärisches Fachwissen und die Fähigkeit, den Einsatz von Gewalt zu organisieren, sind für die Positionierung von Akteuren im sozialen Raum Krieg entscheidend.⁸ Die höchste Aufwertung erfährt im Verlauf eines Krieges das soziale Kapital, da Beziehungsnetzwerke in einer Kriegsökonomie überlebenswichtig werden (Schlichte 2003: 133). Für die Akkumulation von

⁸ Die Grenzen des sozialen Raumes Krieg liegen dort, wo die unmittelbare Drohung oder Praxis von Gewalt nicht mehr gelten (Schlichte 2003: 129).

symbolischem Kapital bilden neben der lokalen (und regionalen) Gemeinschaft insbesondere die Diaspora-Gemeinschaft und die internationale Gemeinschaft wichtige Quellen.⁹ Dabei geht es darum, den eigenen Kampf als ein moralisch berechtigtes Anliegen zu legitimieren, durch das ein moralisches Übel abgewehrt oder überwunden werden soll (Radtke/Schlichte 2004: 191).

Doch wird die Reproduktion von Gewaltakteuren nicht nur von ihrer Position im sozialen Raum Krieg bzw. im sozialen Raum der Nachkriegsordnung bestimmt, sondern auch von ihrer Fähigkeit, elementare gesellschaftliche Funktionen zu gewährleisten. Dementsprechend darf sich eine Analyse von Kriegsökonomien nicht auf die kontextbezogene Perspektive beschränken, sondern muss den Bezugsrahmen unter Rückgriff auf das gesellschaftliche Analysekonzept von Norbert Elias (1983) erweitern. Auf diese Weise lässt sich die interne Funktionslogik erfassen, was eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um Gewaltakteure im Sinne Webers zu »verstehen«.

2.3 Interne Funktionslogik von Gewaltakteuren

Eine verstehende Soziologie von Gewaltakteuren erfordert es, diese wie soziale Ordnungsformen zu analysieren. Aufrechterhalten werden können soziale Ordnungsformen Norbert Elias zufolge nur durch das Ineinandergreifen elementarer gesellschaftlicher Funktionen, „die die einfachsten und die komplexesten Gesellschaften [...] erfüllen müssen, um als Gruppe überleben zu können (Elias 1983: 32). Bei diesen elementaren Überlebensfunktionen geht es um die Sicherung *materieller Reproduktion*, die *Gewaltkontrolle* sowie die *Gewährleistung von Orientierungsmitteln*. Wie jedwede soziale Ordnungsform müssen auch Gewaltakteure diese drei Leistungen erbringen, wenn sie sich reproduzieren wollen. Die Einheit von materieller und ideeller, von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion kann nur durch die gleichzeitige und aufeinanderbezogene Gewährleistung und Entwicklung der Elementarfunktionen sichergestellt werden (Jung 1995: 91; Jung 2003: 32f.). Unter Rückgriff auf das gesellschaftliche Analysekonzept von Elias kann erfasst werden, in welchen sozialen Funktionsbereichen Gewaltakteure ihre Reproduktion sicherstellen bzw. nicht (mehr) gewährleisten können.

Eine der größten Herausforderungen, die Gewaltakteure im Laufe eines Krieges bewältigen müssen, ist die materielle Reproduktion. Es gilt Ressourcen zu mobilisieren, die den Bestand der Rebellengruppe sicherstellen. Vor allem die Beschaffung von Kampfmitteln, aber auch die Versorgung und Ausbildung der Kämpfer konfrontieren Gewaltakteure mit Problemen,

⁹ Ein Beispiel für die Bedeutung von symbolischem Kapital im sozialen Raum Krieg bzw. der Nachkriegsordnung ist die Unterstützung der PLO durch die arabischen Staaten, im Zuge derer diese als nichtstaatliche Organisation einen völkerrechtlichen Status erlangte.

deren Lösung grundlegend für ihren Erfolg ist. Gehandelt werden auf Gewaltmärkten neben Drogen und Waffen vorwiegend leicht zu transportierende Güter. Von besonderem Interesse sind deshalb wertvolle Objekte wie Gold, Diamanten, Smaragde etc. (Nissen/Radtke 2002: 142). Weitere mögliche Finanzierungsquellen sind die Erhebung von Zöllen, der Verkauf von Schutzleistungen, Geiselnahme oder Diaspora-Gelder in Form von Spenden bzw. „Steuern“.¹⁰ Gewaltakteure können nicht nur an die „moralische Ökonomie der Diaspora“ (Radtke/Schlichte 2004: 183) andocken, sondern diese auch entsprechend ihrer eigenen Interessen verändern.¹¹

Die Elementarfunktion der Gewaltkontrolle hat ein „Doppelgesicht“ (Elias 1983: 34): Es handelt sich sowohl um die Regulierung des Gewaltgebrauchs innerhalb der Rebellengruppe als auch im Umgang mit dem Kriegsgegner und der Zivilbevölkerung. Die Organisation von Gewalt kann auf sehr unterschiedlichen Prinzipien beruhen, die von der Blutrache bis zum kontrollierten Gewaltmonopol staatlicher Organe reichen (Schlichte 2003: 139). Die Befolgung spezifischer Regeln des Gewaltgebrauchs ist an die Verinnerlichung von Legitimationsmustern und eine über Ideen und Weltbilder vermittelte symbolische Ordnung gebunden (Bakonyi/Stuvøy 2006: 39). Indem die Mitglieder einer Rebellengruppe bestimmten Symbolen dieselbe Bedeutung zuschreiben, also über gemeinsame Orientierungsmittel verfügen, können sie sowohl untereinander als auch gegenüber Dritten agieren.

Konstitutiv für die Wir-Bildungs-Prozesse von Großgruppen wie jenen von Gewaltakteuren sind die so genannten „Anderen“, die häufig in ritualisierten Erinnerungen an Ereignisse und Personen reflektiert werden. Die erste Quelle der identitätsbildenden Funktion von „Anderen“ bildet die Rekurrerung auf Ereignisse und Personen, deren geistige Repräsentanzen ein geteiltes, gemeinsames Erfolgs- und Triumphgefühl unter den Gruppenmitgliedern mit einschließen. Solche, im Laufe der Zeit stark mythologisierten, geistigen Repräsentanzen werden zu Merkmalen der Großgruppe, die Volkan (2003) als „gewählte Ruhmesblätter“ bezeichnet. Gewählte Ruhmesblätter fungieren als Bindeglied zwischen den Gruppenmitgliedern, die ein erhöhtes Selbstwertgefühl erfahren, wenn sie mit solchen Ruhmesblättern assoziiert werden (Volkan 2003: 70). Die „gewählten Traumata“ bezieht sich dahingegen auf die geistige Repräsentanz von einem Ereignis, das zu schweren Verlusten einer Großgruppe durch eine andere Gruppe führte, woraufhin sich erstere als Opfer fühlte

¹⁰ Eine interessante Konzeptionalisierung der Beziehung zwischen Gewaltakteuren und Exilgemeinschaft liefern Radtke/Schlichte (2004) mit ihrem Konzept der moralischen Ökonomie der Diaspora.

¹¹ Zunutze machen sich Gewaltakteure dabei die „Trias der Pflichten“ von Geben, Nehmen und Erwidern, die zum überlebenswichtigen Band der Gemeinschaft werden, deren Existenz insbesondere von den Nehmenden beschworen wird. Vgl. hierzu Radtke/Schlichte (2004: 184-186).

und die Gruppenmitglieder eine Demütigung miteinander zu teilen hatten (Volkan 2003: 73).¹²

Volkan (2003: 74; 84) zufolge haben gewählte Traumata einen durchdringenderen Einfluss auf die Gruppenidentität als gewählte Ruhmesblätter, da mit ihnen die unbewusst gestellte Aufgabe verbunden ist wieder gut zumachen, was den Vorfahren widerfahren ist. Hinsichtlich ihres Wir-Bildungs-Prozesses und der Beschaffenheit ihrer symbolischen Ordnung weisen verschiedene Typen von Gewaltakteuren große Unterschiede auf.

2.4 Idealtypen von Gewaltakteuren: Warlordfiguration und Quasi-Staat

Bakonyi/Stuvøy (2006) unterscheiden Warlordfiguration und Quasi-Staat als zwei gegensätzlichen Idealtypen nichtstaatlicher Gewaltordnungen, die sie an den Eckpunkten eines Kontinuums der Institutionalisierung von Herrschaft verorten. Während es sich bei der Warlordfiguration um eine nur schwach institutionalisierte Gewaltordnung handle, die territorial nicht etabliert sei und über keinen stabilen organisatorischen Apparat verfüge, sei der Idealtypus des Quasi-Staates durch eine hoch institutionalisierte Gewaltordnung gekennzeichnet, die innerhalb ihres territorialen Einflussgebietes über das Gewaltmonopol verfüge und staatliche Funktionen ausübe.¹³

Als auffälligstes Merkmal der Warlordfiguration führen Bakonyi/Stuvøy (2006: 41) die Proliferation von Gewaltgruppen und –fraktionen an, die oft, wenn auch nicht zwingend, um einzelne Personen – die Warlords – zentriert seien.¹⁴ Charakteristisch sei für die Warlordfiguration, dass es ihren Akteuren nicht gelinge, eine umfassende Legitimitätsbasis zu errichten, ihre Herrschaft dauerhaft zu institutionalisieren und territorial abzugrenzen. Ihre zumindest partielle Verankerung im sozialen lokalen Kontext basiere auf tribalen Loyalitäten, die lokale soziale Bindungen und Symbolwelten widerspiegeln (Bakonyi/Stuvøy 2006: 42).¹⁵ Nissen/Radtke (2002: 145) zufolge ist der Rückgriff auf traditionale Herrschaftsstrukturen wie Clan, Stamm, Familie und andere klientelistische Netzwerke bei

¹² Die Bezeichnung „gewähltes“ Trauma ist Volkan (2003: 73) zufolge insofern gerechtfertigt, als damit die Unfähigkeit der vergangenen Generation verbunden ist, nach der Erfahrung eines geteilten traumatischen Ereignisses über die Verluste zu trauern und sich in ihrem Selbst zu rehabilitieren.

¹³ Vgl. die Konturen der Gewaltordnung in Somalia (Bakonyi 2006) und den Quasi-Staat der UNITA in Angola (Stuvøy 2002; 2006) als Fallbeispiele, die dem Idealtypus der Warlordfiguration bzw. des Quasi-Staates am ehesten entsprechen.

¹⁴ Mit dem Begriff „Warlord“, der ursprünglich im Kontext des chinesischen Militarismus der 1920 verwendet wurde, werden seit Ende der 1990er Jahre konkurrierende Eliten bezeichnet, die unter den Bedingungen eines fortschreitenden Staatsverfalls die Kontrolle über den Sicherheitssektor gewinnen und das Land zur eigenen Bereicherung ausbeuten. Für eine kritische Diskussion des Begriffs „Warlord“ Schetter (2004: 3-5) und für das Phänomen des „Warlordism“ Giustozzi (2005).

¹⁵ In diesem Punkt unterscheidet sich das Bakonyi/Stuvøy (2006) zu Grunde liegende Verständnis von Warlord und Warlordfiguration von der Mehrheit bisheriger Forschungsarbeiten (Reno 1998; Lezhnev 2005), in denen Loyalität und Reziprozität bei dem Machterhalt von Warlords untergeordnete Bedeutung beigemessen bzw. gar nicht berücksichtigt wird. Eine Ausnahme bildet z.B. Marten (2006/07).

Warlordfigurationen ebenso möglich wie die Vergesellschaftung durch „Kriegscharisma“. Im Unterschied zur Herrschaftssicherung ist die materielle Reproduktion der Gewaltakteure der Warlordfiguration gemäß Bakonyi/Stuvøy 2006: 42) nicht lokal begrenzt, sondern auch in den Weltmarkt eingebunden. Dominierende Muster der materiellen Reproduktion seien aufgrund des instabilen Charakters der Gewaltordnung der Warlords wirtschaftliche Ad-hoc-Lösungen und die Ausbeutung von Handelsgewinnen.

Im Gegensatz zur Warlordfiguration weist der Quasi-Staat Bakonyi/Stuvøy (2006) zufolge einen hohen Institutionalierungsgrad von Herrschaft auf, der eine dauerhafte Kontrolle von Teilen des staatlichen Territoriums und der vorhandenen ökonomischen Ressourcen ermöglicht. Um die Anerkennung des Herrschaftsanspruchs durch die Kombattanten und die Zivilbevölkerung sicherzustellen, schaffe der Quasi-Staat ein bindendes Regelwerk, gewährleiste Sicherheitsstandards und stelle wohlfahrts- bzw. sozialstaatliche Dienste bereit (Bakonyi/Stuvøy 2006: 42). Des weiteren unterscheidet sich die quasi-staatliche Gewaltordnung von der Warlordfiguration durch ihre umfassendere Legitimitätsbasis. Zwar sei auch die symbolische Ordnung des Quasi-Staates rückgebunden an Traditionen, doch würden makro-ethnische, religiöse oder nationale Identitäten gebildet, die über die lokale Bindung der Menschen hinausgehen (Bakonyi/Stuvøy 2006: 42). Im Funktionsbereich der materiellen Reproduktion müsse der Quasi-Staates wirtschaftliche Tätigkeiten und Handelsketten langfristig planen und umfassend koordinieren (Bakonyi/Stuvøy 2006: 43). Erforderlich sei hierfür, wie für die Herrschaftssicherung quasi-staatlicher Gewaltordnungen insgesamt, ein organisatorischer Verwaltungsapparat.

Der heuristischen Funktion von Idealtypen entsprechend, liefern die beiden Extremtypen der Warlordfiguration und des Quasi-Staates eine Möglichkeit, um die interne Funktionslogik realtypischer Gewaltordnungen vergleichend zu untersuchen.¹⁶ Analysiert werden kann der Entwicklungsprozess, den Gewaltakteure durchlaufen, anhand des Drei-Phasen-Modells der verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren.

2.5 Handreichung für die Analyse von Gewaltakteuren im Drei-Phasen-Modell

Die verstehende Soziologie von Gewaltakteuren differenziert zwischen drei Entwicklungsphasen. Markiert werden die Übergänge zwischen den einzelnen Entwicklungsphasen durch grundlegende Veränderungen in den Elementarfunktionen und der relationalen Kapitalmenge. Über die Elementarfunktionen lassen sich Veränderungen und

¹⁶ Vgl. hierzu die Länderfallstudien im Sammelband von Bakonyi/Hensell/Siegelberg (2006) und für einen kurzen, vergleichenden Überblick Bakonyi/Stuvøy (2006: 43-50).

Kontinuitäten in der internen Funktionslogik von Gewaltakteuren erfassen. Inwieweit diese ihre Position im sozialen Raum Krieg bzw. im sozialen Raum der Nachkriegsordnung verbessern bzw. verschlechtern, wird durch die Zunahme bzw. Abnahme ihrer relationalen Kapitalmenge bestimmt. Anhand der Ausprägungen der Elementarfunktionen und des Kapitalstocks unterscheidet die verstehende Soziologie von Gewaltakteuren idealtypisch zwischen der Aufstiegs-, der Konsolidierungs- und der Transformationsphase. In der Phase des Aufstiegs und der Transformation sehen sich Gewaltakteure in besonderem Maße vor Herausforderungen gestellt, da sie sich auf jeweils neue Handlungsanforderungen und Handlungslogiken einstellen müssen. Gelten doch im sozialen Raum Krieg andere spezifische Regeln als im sozialen Raum der Nachkriegsordnung.

Herausgearbeitet wird die Beschaffenheit des sozialen Raumes Krieg bzw. des sozialen Raumes der Nachkriegsordnung mit Hilfe der kontextbezogenen Perspektive der verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei das Kräftekonkordat zwischen den einzelnen Akteuren. Da deren Position im sozialen Raum von ihrer Verfügung über Kapital bestimmt wird, muss die kontextbezogene Analyse auf die Verteilung der Kapitalsorten abzielen, insbesondere auf die relationale Kapitalmenge der Gewaltakteure im Vergleich zu anderen Akteuren im sozialen Raum Krieg. Kombiniert werden müssen die kontextbezogenen Leitfragen mit jenen, anhand derer die interne Funktionslogik von Gewaltakteuren erfasst werden kann, d.h. ihre Fähigkeit, die materielle, politische und symbolische Reproduktion sicherzustellen. Orientierung liefert bei der Analyse von Gewaltakteuren folgender Frage-Katalog:

- Welche *Position* nimmt der Gewaltakteur im sozialen Raum Krieg ein, d.h. über welche Kapitalmenge verfügt er im Vergleich zu anderen Akteuren?
- Über welche Kapitalsorten verfügt der Gewaltakteur?
- Inwiefern hat sich die *relationale Kapitalmenge* des Gewaltakteurs in den drei Entwicklungsphasen des Aufstiegs, der Konsolidierung und der Transformation verändert?
- Wie hat sich im Zusammenhang damit auch seine *Position im Laufe des bewaffneten Konflikts* verändert?
- *Worauf* sind diese Veränderungen zurückzuführen? – Auf den Zufluss bzw. den Rückgang von Kapital? Oder auf veränderte Tauschraten?
- Welchen *Einfluss* haben (*ehemalige*) *Gewaltakteure* auf die Entwicklungen im sozialen Raum der Nachkriegsordnung? Ist die Transformation zu regulären politischen Akteuren (partiell) gelungen?
- Inwiefern werden die *Elementarfunktionen* der materiellen Reproduktion, der

Gewaltkontrolle sowie der Produktion und Wahrung von Orientierungsmitteln gewährleistet?

- Wie stellt der Gewaltakteur seine *materielle Reproduktion* sicher? Sind die Finanzierungsquellen breit gestreut, d.h. Ausbeutung lokaler Ressourcen wie Diamanten oder Drogen ebenso wie Quasi-Besteuerung, Entführungsindustrie oder Unterstützung durch die Diaspora etc?
- Wie ist der Gewaltakteur *intern organisiert*? Gibt es straffe Strukturen? Oder bestehen mehrere Fraktionen nebeneinander her ohne klare Hierarchie?
- Aus welchen *Personengruppen* setzt sich die Gewaltorganisation zusammen? Nach welchen Modi erfolgt die Rekrutierung? Besteht eine breite soziale Basis und Verankerung in der Zivilgesellschaft?
- Wie wird die *Anwendung von Gewalt* innerhalb der Gruppe und im Umgang mit anderen Gruppen geregelt?
- Wie verlaufen die *Wir-Bildungs-Prozesse*? Mittel welcher „*gewählten Ruhmesblätter*“ bzw. „*gewählten Traumblätter*“ wird die gemeinschaftliche Identität zwischen den Kombattanten gewährleistet?
- Wie ist die *Überlebensfähigkeit* des Gewaltakteurs in den drei Entwicklungsphasen zu beurteilen? Welche Veränderungen und Kontinuitäten lassen sich in den drei sozialen Funktionsbereichen der materiellen, der politischen und der symbolischen Reproduktion in der Phase des Aufstiegs, der Konsolidierung und der Transformation beobachten?

Dass die verstehende Soziologie von Gewaltakteuren ein „anwenderfreundliches“ Analysekonzept ist, wird die folgende Illustration anhand des Fallbeispiels UÇK (*Ushtria Çlirimtare e Kosovës*, Befreiungsarmee Kosovo) zeigen.

3. Fallbeispiel UÇK: Aufstieg, Konsolidierung und Transformation eines Gewaltakteurs

Der Entwicklungsprozess der UÇK lässt sich entsprechend dem Drei-Phasen-Modell der verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren unterteilen: Auf den Aufstieg der UÇK zum dominanten Akteur innerhalb des kosovo-albanischen Kräftekonglomerats in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre folgte ihre partielle Konsolidierung während des Kosovo-Konflikts. Mit der offiziellen Auflösung der kosovo-albanischen Rebellengruppe im Sommer 1999 begann die Phase der Fragmentierung und partiellen Transformation: Mit der offiziellen Auflösung der kosovo-albanischen Rebellengruppe im Sommer 1999 begann die Phase der Fragmentierung und partiellen Transformation: Die vormalige UÇK ging im *Kosovo Protection Corps* (KPC), im *Kosovo Police Service* (KPS) und in politischen Parteien auf; ein vierter Teil ist dem Bereich der organisierten Kriminalität zuzuordnen.

Wie die folgende Analyse des Entwicklungsprozesses der UÇK zeigen wird, lässt sich sowohl ihr Aufstieg als auch ihre partielle Konsolidierung und Transformation unter Rückgriff auf das gesellschaftliche Analysekonzept von Elias und die Kapitalsorten von Bourdieu »verstehen«. In den ersten beiden Entwicklungsphasen konnte die UÇK ihre Position im sozialen Raum Krieg durch die Akkumulation von Kapital stärken, insbesondere gegenüber der LDK (*Ledhja Demokratike te Kosovës*, Demokratische Liga von Kosovo). Zugute kamen der UÇK dabei der Zufluss an ökonomischem Kapital in Form von Diaspora-Geldern sowie die Wertsteigerungen vom symbolischen Kulturkapital der Gewaltkompetenz und dem sozialen Kapital. Als eine Assoziation unterschiedlicher Familien- und Verwandtschaftsverbände verfügte die kosovo-albanische Rebellengruppe über soziales Kapital in Form von dichten Beziehungsnetzwerken. Nach Kriegsende fragmentierte die UÇK, weil sie die für das Bestehen sozialer Ordnungsformen notwendigen Elementarfunktionen der *materiellen Reproduktion*, der *Gewaltkontrolle* sowie der *Produktion und Wahrung von Orientierungsmitteln* nur unzulänglich erfüllte. Dahingegen gelang es einigen Fraktionen der UÇK, sich im sozialen Raum der Nachkriegsordnung durch funktionale Differenzierung zu reproduzieren.

3.1 Genese und Aufstieg der UÇK

Der vorwiegend entlang ethnischer Grenzziehungen ausgetragene Konflikt zwischen Serben und Kosovo-Albanern geht ursächlich auf die seit Ende der 1980er Jahre verfolgte Diskriminierungspolitik gegenüber den Kosovo-Albanern zurück. Der Autonomiestatus, den die Region Kosovo bis zum Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus inne hatte, wurde im Zuge der Machtkonsolidierung des von Slobodan Milošević beherrschten Regierungssystems faktisch aufgehoben. Ergebnis der stetig verschärften staatlichen Diskriminierung der Kosovo-Albaner war die Institutionalisierung eines Apartheidssystems in bestimmten Gesellschaftsbereichen. Auf ihre Ausgrenzung reagierte die kosovo-albanische Bevölkerung mit der schrittweisen Etablierung paralleler Institutionen im Bereich Bildung und Gesundheit sowie eines eigenen Steuersystems. Nach einem Referendum 1992 gipfelte die Errichtung gesonderter Staatsstrukturen in der Ausrufung einer Republik Kosovo. Mit Ausnahme Albaniens fand diese zwar international keine Anerkennung, wurde aber von der kosovo-albanischen Bevölkerung als ihre legitime Interessensvertretung angesehen. Führende politische Kraft in der Provinz war die LDK unter Führung des „Schattenpräsidenten“ Ibrahim Rugova. Mit ihrer Strategie des gewaltfreien Widerstandes bemühte sich die LDK, die Legitimität der serbischen Herrschaft in Frage zu stellen und die Rechte der Kosovo-Albaner zu verteidigen.

Quasi zeitgleich entstanden die ersten Keimzellen der UÇK. Ihre historischen Wurzeln hat die im April 1996 durch Bekennerschreiben erstmals in Erscheinung getretene UÇK in einer Reihe von kosovarischen Untergrundorganisationen, die in den 1960er und 1970er Jahren entstanden sind. Nationalistisch bzw. national-kommunistisch ausgerichtet, schlossen sich jene Gruppierungen in verschiedenen Etappen bis Mitte der 1990er Jahre zur UÇK zusammen.¹⁷ Zunächst stieß die These der kosovo-albanischen Guerillabewegung, wonach ein unabhängiges Kosovo nur durch einen bewaffneten Aufstand zu erreichen sei, auf wenig Akzeptanz in der kosovo-albanischen Bevölkerung. Demgegenüber fand das von der LDK unter Führung Rugovas vertretene Konzept des gewaltfreien Widerstands große Unterstützung bei der überwiegenden Mehrheit der Kosovo-Albaner. Denn unter dem Eindruck des grausamen Krieges in Bosnien hofften sie auf eine friedliche Lösung des Kosovo-Problems.

Ein Bewusstseinswandel setzte jedoch in breiten Kreisen der kosovo-albanischen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Dayton-Abkommen über Bosnien im November 1995 ein. Aus der Ignoranz des Kosovo-Problems im Dayton-Abkommen zogen viele Kosovo-Albaner die Lehre, dass die Gewaltfreiheit, mit der sie fünf Jahre lang unter ihrem inoffiziellen Präsidenten Rugova für die Unabhängigkeit des Kosovo eingetreten waren, seitens der internationalen Staatengemeinschaft nicht honoriert würde (Reuter 1999:282). Dass die Anwendung von Gewalt innerhalb der kosovo-albanischen Bevölkerung in zunehmendem Maße als legitimes Mittel zur Erreichung der Unabhängigkeit erachtet wurde, verschaffte der UÇK erhebliche Sympathiegewinne. Im Zuge dessen konnte sie ihre Position gegenüber der LDK entscheidend stärken. Auslöser für die landesweiten erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den serbischen Sicherheitskräften und UÇK-Kämpfern im Februar 1998 bildete die Massakrierung der Familie Jashari, deren Oberhaupt Gründer der UÇK war (von Großmann 2005).

Ein zweiten Bedingungsfaktor für den Aufstieg der UÇK zum dominanten Akteur auf Seiten der Kosovo-Albaner bildete die Verbesserung ihrer militärischen Ausrüstung. War die Bewaffnung der Rebellengruppe anfangs noch sehr spärlich, konnte sie ihr Waffenarsenal im Frühjahr 1997 erheblich aufstocken. Ein Großteil der Waffen stammte aus Beständen des benachbarten Albaniens, wo im Zuge des Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung im Frühjahr 1997 zahlreiche Kasernen und Waffenlager der albanischen Armee geplündert worden waren (Lipsius 1999:11).

¹⁷ Einen guten Überblick über die historischen Vorläufer der UÇK und ihr Verhältnis zu anderen kosovarischen Untergrundorganisationen liefert Lipsius (1998).

Einen dritten Bedingungsfaktor bildete das Anwachsen der UÇK auf gut 20.000 Kämpfer im Verlauf des Jahres 1998 (Heinemann-Grüder/Paes 2001:6). Einen lawinenartigen Zulauf an Kämpfern verzeichnete die Rebellengruppe infolge der von den serbischen Sicherheitskräften verfolgten Strategie der „ethnischen Säuberung“. Darüber hinaus folgten etliche Tausend Albaner der Generalmobilmachung im Ausland. Neben den quantitativen personellen Verbesserungen gelang es der UÇK, ihr kulturelles Kapital der Gewaltkompetenz zu steigern. So ging der Mangel an erfahrenen Soldaten zurück, als nach dem Ende der Konflikte in Bosnien und Kroatien kosovo-albanische Offiziere bei der UÇK einen neuen Aufgabenbereich sahen (Lange 1999:37). Außerdem leitete der Ministerpräsident des Schattenstaates, Bujar Bukoshi, der sich 1997 vom „Schattenpräsidenten“ Rugova getrennt hatte, seine finanziellen Quellen in den Aufbau militärischer Einsatzkräfte, die so genannten FARK (*Forcave Armature ë Republikës ë Kosovës*, Bewaffnete Kräfte der Republik Kosovo) (Montanari 2000b). Diese im Vergleich zur UÇK besser ausgerüsteten und ausgebildeten Einheiten hatten sich jedoch zu keiner eigenständigen Kraft im Kosovo entwickeln können. Im Frühjahr 1998 schlossen sich die FARK der vormals konkurrierenden UÇK an (Heinemann-Grüder/Paes 2001:11). Zeitweise wurde die UÇK auch von anderen kosovoarischen Untergrundorganisationen verstärkt.

Ein vierter Bedingungsfaktor bildete die Aufwertung der UÇK als legitimer Interessenvertreter der kosovo-albanischen Bevölkerung seitens der internationalen Gemeinschaft. Angefangen mit dem Holbrooke-UÇK-Treffen im Juni 1998, über die Rambouillet-Verhandlungen im Februar/März 1999 bis zur Bevorzugung der UÇK durch die KFOR im Juni 1999 wurde die gemäßigte LDK unter Rugova an den Rand gedrängt (Heinemann-Grüder 2001:780). Ihren politischen Führungsanspruch konnte die UÇK schließlich auch innerhalb der kosovarischen Abordnung in Rambouillet durchsetzen (Lipsius 1999:10). So übernahm der Chef der Politischen Abteilung der UÇK, Hashim Thaçi, gegen den Widerstand der LDK und Ibrahim Rugova die Leitung der kosovarischen Verhandlungsdelegation. Schließlich sind die verbesserten Fähigkeiten der UÇK im Bereich der materiellen Reproduktion als fünfter Bedingungsfaktor für ihren Aufstieg zu nennen. Die Analyse der kosovo-albanischen Gewaltordnung erfolgt in der Phase der partiellen Konsolidierung anhand der Elias'schen Elementarfunktionen der *materiellen Reproduktion*, der *Gewaltkontrolle* sowie der über die Produktion und Wahrung von Orientierungsmitteln vermittelten *symbolischen Ordnung*.

3.2 Partielle Konsolidierung der labilen Gewaltordnung der UÇK

Während ihrer Entwicklung von einer radikalen Splittergruppe zum maßgeblichen Akteur innerhalb des kosovo-albanischen Kräftekonglomerats hat die UÇK eine labile Gewaltordnung errichtet. Inwiefern es ihr gelang, die für das Aufrechterhalten sozialer Ordnungsformen notwendigen Leistungen zu erbringen, soll im Folgenden analysiert werden. Im sozialen Funktionsbereich der *materiellen Reproduktion* ist der Fokus auf die Finanzierungsquellen der UÇK gerichtet, insbesondere auf die Aspekte der Beständigkeit und der Diversifizierung.

3.2.1 Materielle Reproduktion: Parallelstaatliches Steuersystem, Diaspora, illegaler Handel

Bei ihrer materiellen Reproduktion konnte die UÇK auf das parallelstaatliche Steuersystem des „Schattenstaates“ Kosovo zurückgreifen. Zur Finanzierung eines eigenen Bildungs-, Justiz- und Gesundheitssystems hatte die LDK unter Führung Rugovas in den 1990er Jahren einen Solidaritätsfonds etabliert und eine dreiprozentige Einkommenssteuer erhoben (Troebst 1998:19). Waren die Steuergelder und Spenden bis zum Dayton-Abkommen noch an die LDK entrichtet worden, führte der Bewusstseinswandel innerhalb der kosovo-albanischen Bevölkerung und der Diaspora zu einer Umleitung der Finanzströme an die UÇK. Angesichts der 1998 einsetzenden „ethnischen Säuberungen“ seitens der serbischen Sicherheitskräfte war die Mehrzahl der ca. 1000.000 in Westeuropa und den USA lebenden Kosovo-Albanern nicht mehr länger bereit, drei Prozent ihrer Einkünfte an den Phantomstaat Kosovo mit Ibrahim Rugova an der Spitze zu zahlen (Reuter 1999:282).¹⁸ Viele Kosovo-Albaner spendeten ihr Geld lieber direkt in den Fonds der UÇK, die auf diese Weise ihren ökonomischen Kapitalstock erheblich steigern konnte. Bestätigt sahen sich die „Steuerzahler“ durch die anfänglichen militärischen Erfolge der Rebellengruppe. Dadurch schien die These der UÇK, wonach die Unabhängigkeit des Kosovo nur durch einen bewaffneten Aufstand zu erreichen sei, (vorläufig) bestätigt.

Wichtigster Kanal für den Geldfluss aus der Diaspora war der Fonds *Vendlindja thërret* („Die Heimat ruft“), in den monatlich einige Millionen US Dollar geflossen sein sollen. Verwaltet wurden die Geldströme aus der Diaspora nach dem Prinzip des „Hawala Banking“ (Andrees 2001:421). Zu den Geldtöpfen von Hawala haben nur Eingeweihte Zugang, in der Regel Mitglieder derselben ethnischen Gruppe. Im Falle der Kosovo-Albaner handelte es sich um

¹⁸ Neben den drei wichtigsten Zentren Deutschland, Schweiz und USA leben mehrere Tausend Kosovo-Albaner u.a. in Österreich, Skandinavien, Belgien, Italien, Neuseeland und Australien. Herausbildet hat sich die kosovo-albanische Diaspora im Zuge mehrerer Migrationswellen infolge der Repression des jugoslawischen Sicherheitsdienstes und der ökonomischen Stagnation in den 1950er- und 1960er-Jahren. Vgl. hierzu Andrees (2001:65).

Geldtransfers aus den Immigrationsländern in die Heimat, d.h. die UÇK etablierte vor allem in Deutschland und in der Schweiz ein Netz von Schattenbanken. Die per Überweisung oder Scheck eingezahlten Spenden wurden über Kuriere in das Kosovo transferiert, die das Bargeld an die entsprechenden Personen überbrachten. Auf diese Weise konnten Spuren verwischt und hohe Gebühren vermieden werden. Ein Charakteristikum des „Hawala Banking“ ist, dass nicht nachgeprüft werden kann, wie die „Steuerbürger“ ihren Reichtum erworben haben. So sollen etwa die Hälfte der 900 Millionen DM, die zwischen 1996 und 1999 ins Kosovo geflossen sind, aus Drogenerlösen stammen (Mappes-Niedieck 2003:92). Neben dem Vaterland-Fonds bildete der Waffenmarkt eine zweite Schnittstelle zwischen der UÇK und der Drogenmafia: Die Waffen mussten auf dem Schwarzmarkt bei Gangs gekauft werden, die diese ihrerseits mit Erlösen aus dem Drogengeschäft erworben hatten.¹⁹ Wenngleich die UÇK bis zum Kriegsende im Juni 1999 ihr ökonomisches Kapital insbesondere durch den Zufluss an Diaspora-Geldern erheblich steigern konnte, gelang es ihr nicht, breit gestreute und beständige Finanzierungsquellen aufzubauen, wie sie für das Überleben von sozialen Ordnungsformen unabdingbar sind.

3.2.2 Soziale Basis und interne Organisation

Bei der UÇK handelte es sich um eine äußerst heterogene Bewegung, die auch in ihrer Größe erheblich divergierte. Bestand die Rebellengruppe zu Beginn des Jahres 1998 aus lediglich 500 Kämpfern, so wuchs deren Zahl bis zum Juni 1999 auf gut 20.000 Mann an (Heinemann-Grüder/Paes 2001:6). Den Hauptbestandteil bildeten junge Männer, die von den Grenzgebieten zu Nordalbanien aus operierten. Dort legte die UÇK umfangreiche Waffenlager an und baute Trainingslager für Rekruten auf. In professionell-technischer Hinsicht rekrutierte sich die UÇK aus kosovo-albanischen Polizei- und Militärangehörigen, die von der serbischen Repressionspolitik ins berufliche Abseits gedrängt worden waren und sich für den Aufbau militärischer Strukturen des bewaffneten Widerstands zur Verfügung stellten (Lange 1999:34). Der harte Kern, d.h. die Offiziere der UÇK setzten sich zum einen aus ehemaligen Offizieren albanischer Nationalität der früheren jugoslawischen Volksarmee zusammen (Lipsius 1999:10). Diese konnten nach dem Ende der Konflikte in Bosnien und Kroatien ihre Kriegserfahrung einbringen, wie etwa der Generalstabschef der UÇK, Agim Çeku (Lange 1999:37). Die zweite Fraktion der Offiziere gehörte schließlich der FARK an, professionellen Militärs, die der Exilregierung unter Rugova und Bukoshi unterstanden. Die Heterogenität in der personellen Zusammensetzung der Guerillabewegung spiegelte sich auch in ihrer internen Organisation nieder.

¹⁹ Zu Strukturen und Handelsströmen der Balkan-Mafia Mappes-Niedieck (2003).

Die UÇK bestand aus einem harten Kern kleiner, sehr gut ausgebildeter Kommandotruppen und der Masse der Territorialverteidigungstruppen, die lokal bzw. regional organisiert waren. Eine mit einer funktionierenden Hierarchie verbundene vertikale Kommandostruktur hatte sich nicht ausgebildet (Reuter 1999:283). Vielmehr haben die lokalen und regionalen Kommandeure weitgehend unabhängig voneinander operiert (ICG 2005:19). Die UÇK glich einer Assoziation dörflich organisierter Clans, die um Einfluss konkurrierten. So trat beispielsweise während der Rambouillet-Verhandlungen offen zu Tage, dass es keine klar geregelte Definitionsmacht über die Außenvertretung der Rebellengruppe gab. Ebenso wenig war die militärische Kommandoführung geregelt. Vielmehr konkurrierte das Lager der FARK-Offiziere mit der mehrheitlich albanisch-gesteuerten Offiziersfraktion während des Kosovo-Krieges um die Kommandoführung. Die UÇK als Ganze war horizontal organisiert, stabile Strukturen politischer Herrschaft hatten sich nicht ausgebildet. Dahingegen waren die einzelnen Untergruppierungen der UÇK intern sehr hierarchisch verfasst. Sie gründeten auf streng persönlichen Pietäts- und Ehrbeziehungen gegenüber dem jeweiligen UÇK-Kommandeur. Diese hatten das Einsatzgebiet der UÇK in sechs operationelle Zonen eingeteilt, in denen die jeweiligen Familien- und Verwandtschaftsverbände eine loyale soziale Basis bildeten. Die Beziehungen zwischen den UÇK-Kommandeuren und ihrer Anhängerschaft lassen sich als eine Mischung aus traditionaler und charismatischer Herrschaft beschreiben.

3.2.3 Symbolische Ordnung

Der Konflikt um den Status des Kosovo und den Status der Albaner im Kosovo hat eine lange Vorgeschichte. Wie die Serben, erheben auch die Kosovo-Albaner den Anspruch darauf, als erste im Kosovo gesiedelt zu haben und über längere Zeit dort in der Mehrheit gewesen zu sein.²⁰ Unmittelbaren Ausdruck fand dies in historischen Herleitungen eigener Besitzansprüche. Entsprechend des albanischen „gewählten Ruhmesblattes“ bildet der Kosovo ein altes albanisches Siedlungsgebiet, in dem die albanische Nationalbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Ursprung hatte.²¹ Unter serbische Herrschaft sei der Kosovo erst mit der Trennung albanischer Siedlungsgebiete nach den so genannten Balkankriegen 1912/13 gekommen (Rabehl 1999: 212). Einen zentralen Bestandteil der Konfliktinterpretation im Kosovo-Konflikt bildeten ethnische Selbst- und Fremdzurechnungen, entlang derer die UÇK ihre Ideologie formte. Begünstigt wurde die Ausbildung einer

²⁰ Zur divergierenden Geschichtsinterpretation Reuter (1999).

²¹ Dahingegen liegt der Kosovo in der serbischen Mythisierung im Zentrum des mittelalterlichen Staates Serbiens. Lokalisiert wird hier eine Schlacht auf dem so genannten Amselfeld gegen das Osmanische Reich von 1389, die in der serbischen Konstruktion nationaler Zugehörigkeit eine besondere Stellung einnimmt und zum Symbol nationaler Opferbereitschaft stilisiert wird.

ethnozentristisch dominierten „Wir/Die-Identität“ durch die strikte Trennung von serbischen und albanischen Lebenssphären, die sich seit Ende der 1980er-Jahre in einer Art Apartheidsystem institutionalisiert hatte. Innerhalb ihrer strikt getrennten Lebenssphären vergewisserten sich die beiden Bevölkerungsgruppen ihrer gesellschaftlichen Konfliktlagen, deren Ursachen und der Möglichkeit ihrer Bewältigung (Rabehl 1999: 212). Auf diese Weise wurden ethnische Selbst- und Fremdzuschreibungen zu einem integralen Bestandteil der Konfliktinterpretation der Akteursgruppen, ermöglichten eine als trennscharf erachtete Schuldzuweisung und schufen gemeinsame Feindbilder.

Die Legitimität, die der UÇK innerhalb der kosovo-albanischen Bevölkerung erwachsen ist, speiste sich aus ihrer Funktion als Schutzmacht vor serbischen Übergriffen. Anknüpfen konnte die UÇK dabei an die vorherrschende Tradition des regionalen Autonomismus, auf dessen Grundlage sich unter der einfachen Landbevölkerung ein organisierter Widerstand herausbilden konnte (Lange 1999:37). Der regionale Autonomismus entspringt der Erfahrung, dass die Kosovo-Albaner in ihrer Geschichte nie einen Staat kennen gelernt haben, der Rechtssicherheit gewährt.²² Vorrangiges Ziel des regionalen Autnomismus ist die Verteidigung. Im Zuge des eskalierenden Konflikts entwickelte der ursprünglich restriktiv praktizierte Autonomismus eine deutlich offensivere Komponente. Zur Rechtfertigung der Gewaltanwendung diente der UÇK das Prinzip der Blutrache. Als uraltes Gewohnheitsrecht nimmt die Pflicht zur Blutrache in den ländlichen Gebieten unter bestimmten Voraussetzungen einen zentralen Stellenwert ein (Lange 1999:37). Dementsprechend galt die Blutrache als legitimes Mittel zur Konfliktregelung.

In der kosovo-albanischen Gesellschaft dominieren traditionale Formen der Vergemeinschaftung, die auch die Verfasstheit der UÇK prägten. Erwachsen ist die UÇK in ihren Kernelementen aus der Bevölkerung des Kosovo, wobei im Widerstand profilierte Persönlichkeiten und Familien wichtige organisatorische Kristallisationskerne bildeten, wie die Familie Jashari, die in der Region Drenica beheimatet war (Lange 1999:34). Zwischen Mitgliedern eines Familienverbandes und Außenstehenden wurden Freundschaftsbeziehungen erst durch Rituale möglich, die eine speziell nichtverwandschaftliche Solidarität begründeten. Vor diesem Hintergrund sind auch die rituellen Praktiken zu sehen, denen sich die Rekruten beim Eintritt in die UÇK zu unterziehen hatten. Allerdings variierten die Formen in den einzelnen Fraktionen der UÇK (Reuter 1999:284).

²² An dem regionalen Autonomismus, wie er vor allem unter den gegischen Albanern dominiert, scheiterte die Zentralisierungspolitik der Osmanen in der Tanzimat-Ära (1839-1869) ebenso wie das Hoxa-Regime bei seinen Kollektivisierungsversuchen.

Für den Aufstieg der UÇK in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und ihre partielle Konsolidierung während des Kosovo-Krieges sind zwei zentrale Erklärungsfaktoren zu nennen. Durch die Steigerung ihrer relationalen Kapitalmenge konnte die UÇK ihre Position im sozialen Raum Krieg gegenüber anderen kosovo-albanischen Akteuren, insbesondere der LDK entscheidend stärken. Darüber hinaus vermochte die kosovo-albanische Rebellen­gruppe ihre Überlebensfähigkeit in den sozialen Funktionsbereichen *materielle Reproduktion*, *Gewaltkontrolle* und *symbolische Ordnung* zu verbessern. Gewährleistet wurden die für das Aufrechterhalten sozialer Ordnungsformen notwendigen Elementarfunktionen vor allem innerhalb der einzelnen UÇK-Fraktionen, die auch die Entwicklungen in der kosovarischen Nachkriegsgesellschaft beeinflusst haben.

3.3 Fragmentierung und Transformation der UÇK: Schutzkorps, Polizei, Parteien, organisierte Kriminalität

Nach ihrer offiziellen „Auflösung“ im Sommer 1999 ist die UÇK im *Kosovo Protection Corps* (KPC), dem *Kosovo Police Service* (KPS) und in politischen Parteien aufgegangen bzw. teilweise dem Bereich der organisierten Kriminalität zuzuordnen. Die meisten Ähnlichkeiten mit der UÇK weist das KPC auf, in dem etwa 5000 ehemalige UÇK-Kämpfer eine Anstellung gefunden haben. Obgleich der offizielle Auftrag des KPC im Katastrophenschutz liegt, handelt es sich faktisch um eine paramilitärische Einheit, die sich selbst als Kern einer zukünftigen Kosovo-Armee versteht (Heinemann-Grüder 2001:781). Von der UÇK hat das KPC die Organisationsstrukturen übernommen. Darüber hinaus sind sowohl auf der Führungsebene als auch unter der Gefolgschaft personelle Kontinuitäten zu verzeichnen, die dafür sorgen, dass die Loyalitäten gegenüber den jeweiligen UÇK-Kommandeuren nach Kriegsende bestehen bleiben. Zum Ausdruck kommt dies in der Aussage eines vormaligen UÇK-Kämpfers und gegenwärtigen KPC-Mitglieds, der auf die Frage nach seinem Loyalitätsgefühl antwortete: „I am employed by [KFOR commander General] Reinhardt, but Çeku is my boss“ (ICG 2000:6). Neben dem Stolz, mit dem die Zugehörigkeit zur UÇK ehemaligen UÇK-Kämpfern zufolge verbunden war, galt die Mitgliedschaft in der kosovo-albanischen Rebellen­gruppe auch als Quelle des sozialen Prestiges in der kosovarischen Nachkriegsgesellschaft. Über ihr Gehalt hinaus sichern die vormaligen UÇK-Kämpfer des KPC ihre materielle Reproduktion durch Gelder aus der Diaspora und dem Kosovo-basierten Fonds „Freunde des KPC“, der sich aus Spenden und Schutzgeldern finanziert (Heinemann-Grüder/Paes 2001:23). In dem neu gegründeten KPS fanden etwa 1000 UÇK-Kämpfer eine Anstellung. Wie auch das KPC, ist der KPS schlecht

ausgerüstet und bezahlt, so dass zum Unterhalt einer Familie in städtischen Gebieten ein „Nebenerwerb“ quasi unabdingbar ist.

Neben dem KPC und dem KPS bilden Parteien einen dritten Bereich funktionaler Differenzierung der vormaligen Rebellengruppe. Die schon zu Kriegszeiten einflussreiche Dreniça-Gruppe bildet den Kern der von Hashim Thaçi gegründeten und geführten PDK (*Parta Demokratike Kosovës*, Demokratische Partei des Kosovo). In Gestalt der von Thaçi eingesetzten Übergangsregierung übernahm diese UÇK-Fraktion in den meisten Gemeinden des Kosovo die Lokalverwaltung. Ihre materielle Reproduktion sicherte sie durch die Kontrolle von lukrativen Firmen wie Kosova Petrol, die Peja-Brauerei, Baufirmen, die Energiefirma KEK, den Großhandel und den Zigarettenschmuggel (Heinemann-Grüder 2001:780). Darüber hinaus erhob die Dreniça-Gruppe inoffizielle Steuern (Andrees 2001:422). Eine dritte Finanzierungsquelle bildeten Schutzgelderpressungen (Montanari 2000a). Nach Kriegsende verfügte der ehemalige UÇK-Führer Thaçi noch über eine relativ große Anhängerschaft in der ländlichen Bevölkerung. Seinen schleichenden Bedeutungsverlust in der kosovo-albanischen Öffentlichkeit signalisierten allerdings die Ergebnisse der zweiten international anerkannten Parlamentswahl im Oktober 2004. Mit 28,9 Prozent der Stimmen verzeichnete die PDK unter Thaçi eine deutliche Niederlage gegenüber der von Rugova geführten LDK, die mit 45,4 Prozent zu Buche schlug (Klein 2004:30). Auf ein Koalitionsabkommen einigte sich die LDK schließlich mit der drittstärksten Kraft, der AAK (*Aleanca për Ardhmerinë e Kosovës*, Allianz für die Zukunft des Kosovos) unter der Führung des ehemaligen UÇK-Kommandeurs Haradinaj, der bis zu seiner Anklage vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete.

Im Bereich der organisierten Kriminalität sind zwei Reproduktionsmodi vormaliger UÇK-Kämpfer zu nennen. Zum einen der Anschluss an andere Rebellengruppen, der angesichts der noch immer sehr hohen Arbeitslosigkeit im Kosovo und der niedrigen Gehälter von KPC und KPS ein vergleichsweise lukratives Geschäft bildet. Zum anderen sind Mitglieder des KPC und der UÇK-Nachfolgeparteien in illegalen Waffen- und Drogenhandel sowie Korruption verwickelt (Montanari 2000b).

3.4 Resümee

Die Reproduktion von Gewaltakteuren wie der UÇK hängt nicht nur davon ab, inwieweit sie die Elias'schen Elementarfunktionen gewährleisten, sondern auch von ihrer Position im sozialen Raum Krieg bzw. im sozialen Raum der Nachkriegsordnung. Dementsprechend darf sich eine verstehende Soziologie von Gewaltakteuren nicht auf die Analyse der internen Funktionslogik beschränken, sondern muss den Bezugsrahmen unter Rückgriff auf die

Bourdieu'schen Kapitalsorten um eine kontextbezogene Perspektive erweitern. Dass die UÇK sich im Laufe der 1990er Jahre von einer radikalen Splittergruppe zum maßgeblichen Akteur im kosovo-albanischen Kräftekonglomerat entwickelt hat, ist demzufolge auf zwei zentrale Erklärungsfaktoren zurückzuführen. Durch die Akkumulation von Kapital konnte die UÇK ihre Position im sozialen Raum Krieg gegenüber anderen kosovo-albanischen Akteuren, insbesondere der LDK unter Rugova, entscheidend stärken. Zugute kamen der UÇK dabei der Zufluss an ökonomischem Kapital in Form von Diaspora-Geldern sowie zwei Kapitalwertsteigerungen im sozialen Raum Krieg: von sozialem Kapital (in Form von Beziehungsnetzwerken) und von kulturellem Kapital der Gewaltkompetenz. Darüber hinaus vermochte die kosovo-albanische Rebellengruppe ihre Überlebensfähigkeit im Bereich der materiellen Reproduktion, der Gewaltkontrolle und der symbolischen Ordnung zu verbessern. Da die UÇK jedoch die für das Aufrechterhalten sozialer Ordnungsformen notwendigen Elementarfunktionen in erster Linie in ihren Untergruppierungen erfüllte, fragmentierte sie nach Kriegsende rasch. Dahingegen gelang es einigen ihrer Fraktionen, allen voran der Dreniça-Gruppe um Thaçi, das Machtvakuum im Nachkriegskosovo auszufüllen. Ihre exponierte Stellung im sozialen Raum Krieg konnten allerdings auch die Untergruppierungen der UÇK nicht beibehalten, weil sie im sozialen Raum der Nachkriegsordnung die Transformationsleistung von einem militärisch-ökonomischen Verband zu einer Regierungsfraktion nur unzureichend erbrachten. Zudem verloren die UÇK-Fraktionen an Bedeutung, weil sich ihre Kapitalmenge im Vergleich zu anderen kosovarischen Akteursgruppen, insbesondere der LDK unter Rugova, verringerte.

4. Praxiswert einer verstehenden Soziologie von Gewaltakteuren: Ansatzpunkte für die Transformation von Kriegsökonomien

Wie auch im Kosovo-Konflikt, sind (ehemalige) Gewaltakteure auf vielfältige Weise in den Nachkriegsgesellschaften verankert und beeinflussen die Entwicklungen im sozialen Raum der Nachkriegsordnung. Mit dem Ende der Kampfhandlungen und der Auflösung von Rebellengruppen sind die kriegsökonomischen Strukturen mitnichten verschwunden, sondern bestehen fort. In Anbetracht dessen laufen externe Akteure Gefahr, dass ihre Unterstützungsleistungen beim Wiederaufbau von Nachkriegsgesellschaften in bestehende kriegsökonomische Strukturen integriert werden und auf diese Weise Gewalt reproduzierende Machtkonstellationen stabilisieren – wie dies im Kosovo und anderswo der Fall war. Damit die internationale Gemeinschaft begünstigend auf den zwingend erforderlichen Transformationsprozess von Kriegsökonomien einwirken kann, muss sie die interne Funktionslogik von Gewaltakteuren und die Beschaffenheit ihres gesellschaftlichen Kontextes

gleichermaßen »verstehen«. Davon ausgehend lassen sich Erkenntnisse für den Prozess der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften gewinnen.

Im sozialen Funktionsbereich der *materiellen Reproduktion* ist es entscheidend, die Versorgung von Gewaltakteuren über unabhängige Kriegsökonomien zu unterbinden. Ein gravierendes Hindernis stellt hierbei die Anbindung von Rebellengruppen, aber auch staatlichen Machthabern, an die Schattenwirtschaft des Weltmarktes dar (Schlichte 2003: 128). Zur Schwächung kriminalisierter Gewaltökonomien sind vier Strategien bedenkenswert, die in unterschiedlichen Phasen des Transformationsprozesses von der Kriegs- zur Friedensordnung ansetzen. Hilfreich für die Kriegsbeendigung ist Heupel (2005: 170f.) zufolge militärischer Druck von externen Akteuren, um die Versorgungsstrukturen von Gewaltakteuren zu zerschlagen. Gleichwohl dem Einsatz militärischen Drucks normative Grenzen gesetzt sind und diese Strategie auch nicht die Implementierung friedenspolitischer Maßnahmen als solche begünstigt, können damit Rebellengruppen ihrer finanziellen Grundlage beraubt werden, um kriegerische Auseinandersetzungen fortführen zu können.²³ Einen weiteren Ansatzpunkt zur Schaffung eines so genannten „negativen“ Friedens liefert die Strategie der ökonomischen Kooptation, im Zuge derer einer oder mehrere Konfliktparteien weiterhin Einkünfte aus dem illegalen Handel mit Konfliktressourcen zugestanden werden, solange sie auf militärische Operationen verzichten, die Friedenskonsolidierung nicht behindern und zumindest partiell unterstützen (Heupel 2005: 171). Jenseits eines (vorübergehenden) Gewaltverzichts von Rebellengruppen gehen bei solch einer Verfahrensweise wichtige Einnahmequellen für den Aufbau und die Stärkung einer legalen Volkswirtschaft verloren.²⁴

Als dritte Strategie zur Schwächung kriminalisierter Gewaltökonomien werden Ressourcen-Kontrollregime diskutiert, die UN-Handelssanktionen, den Kimberley Prozess zur Zertifizierung von Diamanten sowie Verbotsstrategien gegenüber dem transnationalen Verbrechen, Geldwäsche, Korruption und Drogenhandel umfassen (Shermann 2002). Wichtig ist hierbei, dass verregelte Produktions- und Handelsstrukturen nicht per se positive Auswirkungen auf den Prozess der Friedenskonsolidierung haben, sondern durchaus auch negative Implikationen haben können. Insbesondere in jenen Konfliktkonstellationen, in denen der Schattenhandel nicht nur den Rebellengruppen nutzt, sondern auch eine

²³ Bei ihrer vergleichenden Untersuchung von Prozessen der Friedenskonsolidierung konnte Heupel (2005) belegen, dass der Einsatz militärischer Gewalt zur Schwächung kriminalisierter Kriegsökonomien in Kambodscha, Angola und Sierra Leone beigetragen hat. Vgl. die Untersuchung von Heupel (2005) auch im Hinblick auf die Strategie der ökonomischen Kooptation, der Verregelung der Produktion und des Handels von bzw. mit natürlichen Ressourcen sowie der legalen Erwerbsmöglichkeiten.

²⁴ Ein weiteres Problem besteht in der „Belohnung“ von Konfliktparteien für die Anwendung militärischer Gewalt.

Einnahmequelle der Zivilbevölkerung bildet, können Regulierungspolitiken zur Folge haben, dass Kombattanten verlorene Einnahmen durch verstärkte Ausplünderung der Zivilisten kompensieren (Ballentine/Nitzschke 2003). Neben der „Peitsche“ in Form von Kontrollregimen bedarf die Schaffung eines so genannten „positiven“ Friedens im sozialen Funktionsbereich der materiellen Reproduktion des „Zuckerbrots“ in Form von alternativen Einkommensmöglichkeiten, um kriegsführende und zivile Nutznießer der Schattenökonomie in legale Wirtschaftsprozesse zu integrieren (Ballentine/Nitzschke 2003; Sherman 2002).

Erschwert wird die Transformation von Kriegsökonomien in ein modernes Staatswesen mit einer legalen Volkswirtschaft dadurch, dass die ökonomischen Strukturen eng verzahnt sind mit den politischen und sozialen (Schetter 2004: 2). Im sozialen Funktionsbereich der *Gewaltkontrolle* sieht sich die internationale Gemeinschaft mit einem Dilemma konfrontiert: Einerseits ist die Integration unterschiedlicher Nachfolgeorganisationen von Gewaltakteuren in die Nachkriegsordnung unabdingbar, um bei der Rekonstruktion politischer Herrschaft in den desintegrierten Nachkriegsgesellschaften auf ihre Organisationsstrukturen zurückgreifen zu können (Nissen/Radtke 2002: 151). Zugleich bedeutet dies nicht nur eine nachträgliche Legitimation der Gewaltanwendung, sondern begünstigt auch die Persistenz gewaltsamer Konfliktregelung. Diese Ambivalenz verweist auf eine Herausforderung, mit der sich externe Akteure bei jedweden Bemühungen um Friedenskonsolidierung auseinandersetzen müssen. Das hohe Gewaltniveau in Nachkriegsgesellschaften wird in aller Regel als Übergangsphänomen eingestuft, dem üblicherweise mit Maßnahmen zur Reform der Polizei, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten sowie Stärkung der Justiz begegnet wird (Kurtenbach 2004: 308). Eben diese für die Friedenskonsolidierung essentiellen Reformen werden jedoch durch die fortbestehenden kriegsökonomischen Strukturen unterlaufen, die sich häufig nur sehr schleppend in marktwirtschaftliche Reproduktionslogiken einer formalen Ökonomie transformieren. Zugleich ist aber ein funktionierendes Staatswesen unabdingbar, um Arbeits- und damit Lebensperspektiven innerhalb der formalen Ökonomie zu schaffen (Kurtenbach 2004: 314).

Im sozialen Funktionsbereich der *symbolischen Reproduktion* ist die Frage entscheidend, wie bei ehemaligen Kombattanten die Entwicklung einer Werteordnung unterstützt werden kann, die Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung sanktioniert. Besonders schwierig sind die Zivilisierung des Konfliktsaustrags und die Gestaltung von Aussöhnungsprozessen in (Nachkriegs)Gesellschaften, die in besonderem Maße Opfer gewaltsamer Auseinandersetzungen geworden sind (Schnabel 2002: 10). Beeinflusst wird der Erfolg von Versöhnungsprozessen zwischen Kriegsparteien und Bevölkerungsgruppen auch davon, wie

die Wir-Bildungs-Prozesse der Großgruppen verlaufen sind. Idealtypisch lassen sich hierbei Mentzos (2002: 130) zwei Arten unterscheiden: Zum einen die Pseudo-Wir-Bildung, bei der mit Hilfe eines konstruierten äußeren Feindes Harmonie und Pseudo-Wir-Bildung im Inneren der Großgruppe erreicht wird. Zum anderen echte Wir-Bildungs-Prozesse, bei denen die Gegenüberstellung und die Auseinandersetzung mit dem „Anderen“ dialektisch-integrativ verläuft und die Möglichkeit beinhaltet, Dichotomien aufzuheben und/oder zu integrieren.

5. Literaturverzeichnis

Andrees, Beate (2001): Staatsauflösung und Kriegsfinanzen: Zur Rolle der Kriminalität im Kosovo-Konflikt, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 31, Nr. 3, S. 411-427.

Bakonyi, Jutta (2006): Konturen der Gewaltordnung in Somalia, in: *Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg* (Hg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*. Baden-Baden, S. 98-112.

Bakonyi, Jutta/Stephan Hensell/Jens Siegelberg (2006) (Hg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*. Baden-Baden.

Bakonyi, Jutta/Kirsti Stuvøy (2006): Zwischen Warlordfiguration und Quasi-Staat – Ansätze zu einer Typologie bewaffneter Gruppen, in: *Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg* (Hg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*. Baden-Baden, S. 38-52.

Bakonyi, Jutta/Kirsti Stuvøy (2005): Violence and Social Order Beyond the State: Somalia and Angola, in: *Review of African Political Economy*, Vol. 32, Nr. 104/5, S. 359-382.

Ballentine, Karen/Heiko Nitzschke (2003): Die Politische Ökonomie der Bürgerkriege. Welche Lehren für die Politik?, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 12, unter http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/12-2003/schwer_art1.html [15.5.2007].

Bourdieu, Pierre (1992): *Rede und Antwort*. Frankfurt a.M.

Bourdieu, Pierre (1987): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a.M.

Bourdieu, Pierre (1985): *Sozialer Raum und »Klassen«*. *Leçon sur la leçon*. Zwei Vorlesungen. Frankfurt a.M.

Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: *Reinhard Kreckel* (Hg.): *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen, S. 183-198.

Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.

Bühl, Walter Ludwig (1972): *Verstehende Soziologie: Grundzüge und Entwicklungstendenzen*. München.

Chojnacki, Sven (2004): Wandel der Kriegsformen? – Ein kritischer Literaturbericht, in: *Leviathan*, Jg. 32, Nr. 3, S. 402-424.

Collier, Paul (2000): *Doing Well out of War*, in: *Mats Berdal/David M. Malone* (Hg.): *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder, London, S. 91-111.

Collier, Paul/Nicholas Sambanis (2002): *Understanding Civil War*, in: *Journal of Conflict Resolution* Vol. 46, Nr. 2, S. 3-12.

Collier, Paul/AnkeHoeffler (2001): *Greed and Grievance in Civil War*. Weltbank, unter http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedgrievance_23oct.pdf [15.5.2007].

Cramer, C. (2002): *Homo Economicus Goes to War: Methodological Individualism, Rational Choice and the Political Economy of War*, in: *World Development*, Vol. 30, Nr. 11, S. 1845-1864.

Dehnert, Stefan (2004): *Unruhiger Kosovo: Konfliktstrukturen und Lösungsansätze*, *Politikinformation Osteuropa*, Nr. 120, unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/02124.pdf> [4.5.2005].

- Elias, Norbert* (1999): Die Gesellschaft der Individuen. 4. Aufl., Frankfurt a.M.
- Elias, Norbert* (1983): Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 35, Heft 1, S. 29-40.
- Elwert, Georg* (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 86-101.
- Ferdowsi, Mir A./Volker Matthies* (Hg.): Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften. EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Band 15. Bonn:
- Giustozzi, Antonio* (2005): The debate on warlordism: the importance of military legitimacy. Discussion Paper No. 16, Crisis States Development Research Centre, London.
- Heinemann-Grüder, Andreas/Wolf-Christian Paes* (2001): Wag the Dog: The Mobilization and Demobilization of the Kosovo Liberation Army, Bonn International Center for Conversion, Brief 20, Bonn.
- Heinemann-Grüder, Andreas* (2001): UÇK als Geiselnnehmer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7, S. 779-783.
- Helle, Horst Jürgen* (1999): Verstehende Soziologie: Lehrbuch. München.
- Heppel, Monika* (2005): Friedenskonsolidierung im Zeitalter der "neuen Kriege". Wiesbaden.
- International Crisis Group* (2000): What happened to the KLA? ICG Balkans Report, Nr. 88, unter http://www.crisisweb.org/library/documents/report_archive/A400024_03032000.pdf [11.8.2003].
- Jean, François/Jean-Christophe Rufin* (Hg.) (1999): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg.
- Jung, Dietrich/Klaus Schlichte/Jens Siegelberg* (2003): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002). Wiesbaden.
- Jung, Dietrich* (1995): Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext der globalen Vergesellschaftung. Münster.
- Kaldor, Mary* (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt a.M.
- Kaser, Karl* (1992): Hirten, Kämpfer, Stammeshelden. Ursprünge und Gegenwart des balkanischen Patriarchats. Wien.
- Keen, David* (2000): Incentives and Disincentives for Violence, in: Mats Berdal/David M. Malone (Hg.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. London, S. 19-41.
- Keen, David* (1998): The Economic Function of Violence in Civil Wars. Adelphi Paper Nr. 320, The International Institute for Strategic Studies. Oxford.
- Klein, Andreas* (2004): Der Balkan zwischen Hoffen und Bangen. Die Ausgangslage vor dem Schlüsseljahr 2005. KAS-Auslandsinformationen, Nr. 12, S. 25-44.
- Kurtenbach, Sabine* (2004): Nachhaltige Strategien zum Umgang externer Akteure mit Gewalt, in: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Band 16. Bonn, S. 306-320.
- Lange, Klaus* (1999): Die UÇK – Anmerkungen zu Geschichte, Struktur und Zielen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26, S. 33-39.

- Lezhnev, Sasha* (2005): *Crafting Peace: Strategies to Deal with Warlords in Collapsing States*. Lanham, Maryland.
- Lipsius, Stephan* (1999): Zwischen den Fronten: Die „Befreiungsarmee Kosovos“ (UÇK), in: *Schweizer Monatshefte*, Jg. 79, Nr. 5, S. 9-11.
- Lipsius, Stephan* (1998): Untergrundorganisationen im Kosovo. Ein Überblick, in: *Südosteuropa*, Nr. 1-2, S. 75-83.
- Mappes-Niediek, Norbert* (2003): *Balkan-Mafia. Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa*. Berlin.
- Marten, Kimberly* (2006/07): Warlordism in Comparative Perspective, in: *International Security*, Vol. 31, No. 3, S. 41-73.
- Mentzos, Stavros* (2002): *Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen*. 2. Aufl., Neufassung, Göttingen.
- Montanari, Marco* (2000a): Kosovo's Economic Structures, in: *The Robert Schuman Centre for Advanced Studies* (Hrsg.): *KOSOVO, 1999-2000. The Intractable Peace. A radiography of the post-war year*, unter <http://www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html> [5.7.2003].
- Montanari, Marco* (2000b): Inter-Albanian Political Struggle, in: *The Robert Schuman Centre for Advanced Studies* (Hrsg.): *KOSOVO, 1999-2000. The Intractable Peace. A radiography of the post-war year*, unter <http://www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html> [5.7.2003].
- Münkler, Herfried* (2002): *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg.
- Newmann, Edward* (2004): The „New Wars“ Debate: A Historical Perspective Is Needed, in: *Security Dialogue*, Vol. 35, Nr. 2, S. 173-189.
- Nissen, Astrid/Katrin Radtke* (2002): Warlords als neue Akteure der internationalen Beziehungen, in: *Ulrich Albrecht/Sabine Riedel/Michael Kalman/Paul Schäfer* (Hg.): *Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Münster, S. 141-155.
- Radtke, Katrin/Klaus Schlichte* (2004): Bewaffnete Gruppen und die moralische Ökonomie der Diaspora, in: *Jens Beckert/Julia Eckert/Martin Kohli/Wolfgang Streeck* (Hg.): *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt/New York, S. 181-194.
- Reno, William* (1998): *Warlord Politics and African States*. Boulder, Colorado.
- Reuter, Jens* (1999): Wer ist die UÇK?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 3, S. 281-285.
- Richter, Rudolf* (2002): *Verstehende Soziologie*. Wien.
- Schetter, Conrad* (2004): *Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan*. Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik Nr. 3/2004, Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität zu Köln.
- Schlichte, Klaus* (2006): Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft, in: *Anna Geis* (Hg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*. Baden-Baden, S. 111-131.
- Schlichte, Klaus* (2004): Krieg und bewaffneter Konflikt als sozialer Raum, in: *Sabine Kurtenbach/Peter Lock* (Hg.): *Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden*, Band 16. Bonn, S. 184-199.

- Schlichte, Klaus* (2003): Profiteure und Verlierer von Bürgerkriegen: Die soziale Ökonomie der Gewalt, in: Werner Ruf (Hg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen, S. 124-143.
- Schnabel, Albrecht* (2002): Post-Conflict Peacebuilding and Second-Generation Preventive Action, in: International Peacekeeping, Vol. 9, Nr. 2, S. 7-30.
- Sherman, Jake* (2002): Policies and Practices for Regulating Resource Flows to Armed Conflict. International Peace Academy Conference Report, New York.
- Sprout, Harold/Margaret Sprout* (1957): Environmental factors in the study of international politics", in: Journal of Conflict Resolution Nr. 1, S. 309-328.
- Stuvøy, Kirsti* (2006): Der Quasi-Staat der UNITA in Angola, in: Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg (Hg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart. Baden-Baden, S. 141-150.
- Stuvøy, Kirsti* (2002): War Economy and the Social Order of Insurgencies. An Analysis of the Internal Structures of UNITA's War Economy. Arbeitspapier Nr. 3/2002 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg.
- Troebst, Stefan* (1998): Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1992-1998. European Centre for Minority Issue, Working Paper Nr. 1/1998, Flensburg, unter http://www.ecmi.de/doc/download/working_paper_1.pdf [13.6.2003].
- Trotha, Trutz von* (1999): Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht, in: Sighard Neckel, Michael Schwab-Trapp (Hg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen, S. 71-95.
- Volkan, Vamik D.* (2003): Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte. 3. Aufl., Gießen.
- Weber, Max* (1968): Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Johannes Winckelmann (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber, 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 146-214.
- Weber, Max* (1968): Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Johannes Winckelmann (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber, 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 475-488.
- Weber, Max* (1968): Soziologische Grundbegriffe, in: Johannes Winckelmann (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber, 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 541-581.
- Weber, Max* (1968): Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, in: Johannes Winckelmann (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber, 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 427-474.